



Schuftten rund um die Uhr?

Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion des CWI/KAI
Kaisersstraße 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail: slp@gmx.at

Flexible Arbeitszeit? Das Wundermittel der europäischen Unternehmer - klingt doch modern und sichert Arbeitsplätze, oder? Eines vorweg: Worum es in erster Linie geht, ist den Arbeitnehmern Teile ihres Einkommens wegzunehmen, damit die Unternehmer ihre Profite wieder einmal aufbessern können. Bürgerliche Parteien und Bosse wollen aber noch mehr: Sie wollen im Zuge der Einführung von neuen Gesetzen gleich den Flächen-Kollektivvertrag zurückdrängen. Eine Offensive des Kapitals, auf die es nur eine Antwort geben kann: Kampf der Gewerkschaften gegen Lohnkürzungen, für eine solidarische Lohnpolitik und humane Arbeitszeiten! Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn muß die zentrale Forderung sein!



Metallerdemo in Wien

● **Thomas Kerschbaum**
Personalvertreter,
SOV-Ortsgruppe Wien West

Seit 1993 gibt es eine EU-Richtlinie zur Arbeitszeit (u.a. mit der wöchentlichen Höchstgrenze von 48 Stunden innerhalb eines Durchrechnungszeitraumes von 4 Monaten), die eigentlich auch von Österreich bis Ende November 1996 umgesetzt werden sollte. Der Sozialminister legte einen Gesetzesentwurf vor, die ÖVP lehnte ab. Warum? Nicht deshalb, weil SPÖ- und ÖGB-Führung eine weitreichende Flexibilisierung der Arbeitszeit (AZ) nicht zulassen würden. Nein, es geht vielmehr um die praktische Einführung: Die ÖGB-Führung besteht darauf, daß vor Einführung von flexiblen Arbeitszeit-Modellen ein Kollektivvertrag (KV) abzuschließen ist. Aber sie wäre auch zu folgendem Zugeständnis bereit: Falls keine Einigung im Branchen-KV zwischen ÖGB und Unternehmern zustande kommt, soll auch eine Betriebsvereinbarung genügen, aber mit nachträglicher Zustimmung der Gewerkschaft.

ÖVP und Wirtschaftskammer reicht dies trotzdem nicht: Der Branchen-KV soll fallen, es sollen gesetzlich Betriebs- und Einzelvereinbarungen genügen! Das wäre ein schwerer Rückschlag für die Gewerkschaften. Die ÖGB-Führung ist bereit, den Unternehmern sehr weit entgegenzukommen. Einzelgewerkschaften und Betriebsräte schlagen selbst AZ-Modelle vor, um "den Standort Österreich zu sichern". Die ÖGB-Führung akzeptiert die kapitalistische Standort-Logik völlig - nur

eines will sie: Die ÖGB-Funktionäre müssen am Verhandlungstisch sitzen dürfen. Am 20.11. demonstrierten 6.000 Metallarbeiter mit dem ÖGB vor der Wirtschaftskammer. Weil die Wirtschaftskammer die KV-Verhandlungen für das Metallgewerbe boykottiert hatte. Am darauffolgenden Wochenende einigten sich ÖGB-Führung und Unternehmer auf einen faulen Kompromiß. Was sagt MBE-Vorsitzender Nürnberger dazu? "Die Gewerkschaft war immer zu weiteren Flexibilisierungen bereit. Aber nur dann, wenn auch die Arbeitnehmer davon etwas haben. Die Vorteile für die Arbeitnehmer müssen wir noch verhandeln." Die Vorteile der Arbeiter? Die ÖGB-Funktionäre dürfen weiter am Verhandlungstisch sitzen...

Was heißt Flexibilisierung?

Bereits jetzt arbeiten 2/3 der Beschäftigten im Rahmen flexibler Arbeitszeiten. Eine Studie der AK-Wien brachte zum Vorschein, daß die meisten Beschäftigten regelmäßig Überstunden machen und in Gleitzeitverhältnissen arbeiten.

Nach dem geltenden AZ-Gesetz darf die tägliche Normal-AZ acht, die wöchentliche 40 Stunden nicht überschreiten. Aber es gibt viele Ausnahmen, die die Situation unüberschaubar und schwer kontrollierbar machen. Das Arbeitsinspektorat - welches kontrollieren könnte - ist zu schwach besetzt. Außerdem sind die Strafen niedrig, und im neuen Gesetz soll der Einfluß des Arbeitsinspektorates noch weiter zurückgestutzt werden.

Auswirkungen auf die Beschäftigten

Flexible AZ hat oft enorme Auswirkungen: Es kann zu gesundheitlichen Problemen, Verlust sozialer Kontakte, Einschränkung der Freizeit und Lohnkürzung (durch den Abbau der bezahlten Überstunden) kommen. Bei der Flexibilisierung findet eine Intensivierung der Arbeit statt, der Arbeitsdruck steigt. Die Rationalisierung wird vorangetrieben, es gibt keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Wenn die ArbeitnehmerInnen wenigstens teilweise ihre AZ selbst bestimmen können, gibt es schon Zustimmung (z.B. Gleitzeit). Aber in welchem Ausmaß ist dies möglich? Und: auch Gleitzeit bedeutet Lohnkürzung, da alle Überstunden-Zuschläge verschwinden. Die Teilzeit hat nicht nur den Nachteil des geringen Einkommens, sondern auch die Gefahr der ständigen Abrufbarkeit. Betroffen sind davon vor allem Frauen mit Kindern die keinen Kindergartenplatz bekommen.

Entgegen aller Behauptungen bringt Flexibilisierung eines sicher nicht - neue Jobs. Es werden weitere Arbeitsplätze abgebaut und die "neuen" sind schlechter bezahlt und haben schlechtere Arbeitsbedingungen.

Vorteile für die Unternehmer

Die Bosse wollen ihre Kosten reduzieren - z.B. den Lohn für die Beschäftigten. Durch die Flexibilisie-

rung wird die AZ vollständig an die Bedürfnisse der Unternehmer angepaßt, Bedürfnisse nach Freizeit zu einer bestimmten Zeit oder Ausgleich der besonderen AZ mit Geld oder Freizeit treten in den Hintergrund. Die Unternehmer können die Betriebszeiten ausdehnen, die Arbeitszeit flexibilisieren und verkürzen. Und sie wollen dies mit Lohnkürzungen durchführen.

Die Betriebszeiten wurden z.B. im Handel stark ausgedehnt. Rein wirtschaftliche (Kosten-) Gründe bekommen absoluten Vorrang bei der Einführung von flexibler AZ. Wenn früher Spitzen im Arbeitsanfall durch Überstunden und zusätzliches Personal ausgeglichen wurden, so sollen diese "Kosten" durch die Flexibilisierung entfallen. Dazu braucht man aber eine Deregulierung, und das führt zum Abbau von rechtlichen Schutzregelungen.

Die Arbeitgeber verstehen die Flexibilisierung als einen Baustein im Gesamtpaket Sozialabbau (siehe

Vorschläge der Wirtschaftskammer), sie wollen eine Gesamtlösung - eine weitgehende Deregulierung, um die Arbeitskraft billiger zu machen und an ihre Bedürfnisse anzupassen. Der Profit ist das Maß aller Dinge. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit ist somit ein Baustein der neoliberalen Wirtschaftspolitik - daher sind die Gewerkschaften aufgerufen, die kapitalistische Marktwirtschaft, die nur auf zunehmender Ausbeutung der ArbeitnehmerInnen beruht, zu bekämpfen. Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn statt Flexibilisierung mit Lohnverlust!

SPÖ-wohin?

Lenzing

Globaler Angriff

Zaire

Was ist Globalisierung und wie können wir uns gegen ihre Auswirkungen wehren?

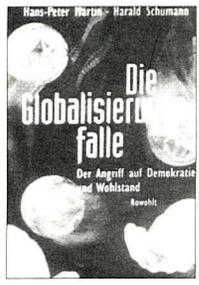
Globalisierung - Kapitalismus neu?

Spätestens seit Erscheinen des Buches "Die Globalisierungsfälle" ist dieses Thema allgegenwärtig: Die voranschreitende Internationalisierung und Vernetzung der Wirtschaft und die offensichtliche Unfähigkeit der Arbeiterbewegung, eine internationale Gegenstrategie zu entwerfen. Aber was steckt wirklich hinter der Globalisierung? Und gibt es einen Ausweg, eine Antwort auf diese neue Stufe des Kapitals?

von Grusch Sanja, SOV-Ortsgruppe Wien Nord

Fortschreitende Internationalisierung

Was bedeutet eigentlich der Begriff "Globalisierung"? Wenn man davon ausgeht, daß es sich dabei grundsätzlich um die Internationalisierung der Wirtschaft, um stärkere Vernetzung



Das Aufreger-Buch

und grenzüberschreitende Produktion handelt, wäre die "Globalisierung" als Tendenz qualitativ nichts Neues. Bereits 1916 beschäftigte sich Lenin in seinem Buch "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" mit Kapitalkonzentration, der enorm gewachsenen Rolle des Finanzkapitals, Auslandsinvestitionen und Kapitalexport. In den 70er und 80er Jahren war das Schlagwort von der "verlängerten Werkbank" allgegenwärtig, um die Auslagerung von Produktion in wirtschaftlich unterentwickelte Länder zu beschreiben.

Ein neuerer Erläuterungsversuch besagt, "das Neue" wäre daß der Kapitalismus jetzt den Widerspruch zwischen einer weltweiten Produktion und einem Weltmarkt einerseits und der Existenz von Nationalstaaten mit Zöllen, eigenen Steuer- und Sozialsystemen auf der anderen Seite überwinden könnte. Die Anhänger der Theorie der Globalisierung plattieren dann weiter, von einer "globalen Kultur" und einer "globalen Gesellschaft", die entstünde - Begriffe die aber nichts als Schlagworte, die nicht näher erklärt werden, bleiben.

Als einzig "faßbare" Kernfrage bleibt jedoch: Verwandelt sich multinationale Konzerne ("Multis" - also Konzerne, die sich ihrer Hauptbasis in einem Staat haben und auch von diesem auf internationaler Ebene politisch und militärisch "geschützt" werden) in "transnationale" (also Konzerne mit Niederlassungen in mehreren Staaten, aber ohne nationalstaatliche Basis)? Hat der Kapitalismus wirklich ein neues, höheres Stadium erreicht, in dem der Nationalstaat ausgedient hat?

Zweifellos hat die internationale Verflechtung des Kapitals zugenommen. Große Steigerungen gab es im Welthandel und vor allem im Bereich des Finanzkapitals. Durch die Entwicklung des Computers und damit einer sofortigen weltweiten Verbindung einerseits und der Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte andererseits, haben sich die täglich auf den Finanzmärkten gehandelten Beträge vervielfacht. Die Spekulation erweist sich angesichts der Absatzschwierigkeiten von Waren und der hohen Zinssätze (die Investitionen verteuern) als ertragreicher und wird daher vielfach als Alternative genutzt. Dies repräsentiert allerdings nur zum geringsten Teil reale Werte, der größte Teil ist Spekulationskapital. Ein Unsicherheitsfaktor, der zu einem Börsenkrach mit weitgehenden Auswirkungen auf die Weltwirtschaft führen kann.

In immer kürzerer Zeit werden immer mehr Waren bei niedrigen Transportkosten immer weiter transportiert. Aber wie global ist der Handel und vor allem - er handelt eigentlich mit wem? Rund ein Drittel des Welthandels findet innerhalb der verschiedenen Niederlassungen von jeweils einem Multi statt. Außerdem findet ein immer größerer Anteil des Welthandels innerhalb der drei großen Wirtschaftsblocke - EU, NAFTA, ASEAN - statt. Insgesamt wurden 1980-40% des Weltesports innerhalb eines der drei Blöcke gehandelt, heute sind es rund 60 Prozent.

Was steckt hinter der Theorie der "Globalisierung"?

Globalisierung, so wie sie momentan präsentiert wird, gibt es also nicht, sondern zwei widersprüchliche Tendenzen, die Internationalisierung einerseits und die Regionalisierung andererseits. Die "Erfindung" der Globalisierung ist ein Propagandastück, ein Versuch, die herrschende kapitalistische Realität des Sozialdumpings und Lohndrucks nach unten als unumstößlich "gottgegeben" und unbedenklich darzustellen. Nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten in Osteuropa 1989/90 befand sich die Bourgeoisie auf einer ideologischen Offensive. Aber anstatt Osteuropa in "blühende Landschaften" zu verwandeln hat der Kapitalismus einmal mehr seine Unfähigkeit bewiesen. Es wurden Fabrikanlagen geschlossen, der Lebensstandard reduziert und Existenzen zerstört. Selbst in Osteuropa fand eine großangelegte Deindustrialisierung statt. Zwar gab es unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa einen Integrations Schub. Was wurde aber "integriert"? Im wesentlichen wurden billige Teile des Ostens zum Lieferanten billiger Rohstoffe degradiert.

Die schreckliche Realität für Millionen

also zu Privatisierung, Deregulierung, Strukturmaßnahmen (= Zerschlagung des Öffentlichen Dienstes) und Flexibilisierung (= Verschlechterung der Arbeitsbedingungen). Globalisierung ist nicht anders, als Neoliberalismus auf eine Ebene zu stellen, wo er scheitern und angreifbar ist. Der Arbeiterklasse soll vermittelt werden, daß jeder Widerstand zwecklos ist.

Die größten Verlierer des Neoliberalismus sind die Länder der sogenannten 3. Welt. Viele hatten sich Schutzmauern um ihre nationalen Wirtschaften aufgebaut, um diese vor dem Zugriff des Imperialismus zu schützen. Mit Hilfe vom Internationalen Währungsfond (IWF) und Weltbank erzwangen sich die wirtschaftlich stärkeren Staaten nun den Zugang zu diesen Märkten, die sie dringend für ihren Absatz brauchen. Die Staaten werden zur Privatisierung gezwungen, die Betriebe werden für ein Butterbrot verkauft, und gleichzeitig errichten die großen Wirtschaftsblocke aber Zollbarrieren, um ihre eigenen Märkte und sich vor Importen zu schützen. Durch die sich verschlechternden Terms of Trade (Preisverhältnis am Weltmarkt zwischen Rohstoffen und Industriegütern) und die Zwangsöffnung

Krise des Kapitalismus

Ein markantes Merkmal der jetzigen Epoche ist, daß sich der Kapitalismus seit Mitte der 70er in der Krise befindet. Es gibt zwar immer wieder schwache wirtschaftliche Aufschwünge, aber selbst diese können die Zerstörungen in der Produktion und vor allem die Verluste bei den Arbeitsplätzen nicht wettzumachen werden - die Wirtschaft befindet sich in einer Depression. Für das Kapital wird es immer schwieriger, Produkte zu verkaufen, weil die Massekraft sinkt. Dadurch wird der Kampf um die Märkte heftiger.

Aber wir lesen doch ständig, daß die Profite steigen. Das ist richtig, es wird immer wichtiger, daß die Internationalisierung der Wirtschaft als erfolgreich, wie es keinen kämpferischen und grenzübergreifend organisierten Widerstand gibt. Arbeitsschutzmaßnahmen werden abgebaut und die Arbeitskraft immer ungehinderter, billiger und bedarfsorientierter angeboten, während die Unternehmersteuern ins Bodenlose fallen. Der Automobilsteller BMW z.B. zahlte trotz steigender Gewinne 1992 nur mehr 6% (!) der Steuern von 1988. In nur 4 Jahren ein Rückgang um 94%!



Die schreckliche Realität für Millionen

der Märkte hat sich die Kluft zwischen arm und reichen Ländern noch vergrößert. Globalisierung wird häufig als Hoffnung für diese Länder dargestellt, da so mehr Investitionen kommen können. Tatsache ist allerdings, daß 75% aller direkten Auslandsinvestitionen in Ländern der "Triade" (USA, Europa, Japan) getätigt werden.

Die Reichen werden immer reicher

Auch innerhalb der entwickelten kapitalistischen Staaten wächst die Kluft. Arbeitslosigkeit ist inzwischen zu einem Massenphänomen

geworden, das auch in Zeiten des "Aufschwungs" zunimmt. Die Regierungen "können" (besser: wollen) nur mehr zusehen und beugen sich völlig der Standortlogik der Kapitalisten.



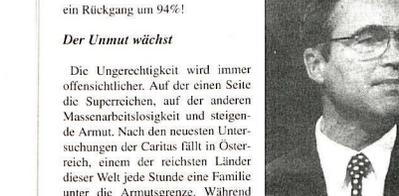
Deutsche KollegInnen protestieren heftig

Dennoch durch die verstärkte Mobilität des Kapitals, vor allem im arbeitsintensiven Dienstleistungssektor, sind diese ständig mit Auslagerung drohen. Ausschlaggebend sind dafür allerdings keinesfalls nur die Löhne, die inzwischen im Durchschnitt nur mehr rund 20% der Produktionskosten ausmachen, sondern auch staatliche Subventionen, oder, wie im Fall Semperit, der Zugang zu größeren Märkten. Da in einem Land isolierter Widerstand immer schwerer zum Erfolg führt, erweisen sich die Erpressungen der Unternehmen solange als erfolgreich, wie es keinen kämpferischen und grenzübergreifend organisierten Widerstand gibt. Arbeitsschutzmaßnahmen werden abgebaut und die Arbeitskraft immer ungehinderter, billiger und bedarfsorientierter angeboten, während die Unternehmersteuern ins Bodenlose fallen. Der Automobilsteller BMW z.B. zahlte trotz steigender Gewinne 1992 nur mehr 6% (!) der Steuern von 1988. In nur 4 Jahren ein Rückgang um 94%!

Was tun gegen die "Globalisierung"?

Es wird immer wichtiger, daß die Internationalisierung der Wirtschaft als erfolgreich, wie es keinen kämpferischen und grenzübergreifend organisierten Widerstand gibt. Arbeitsschutzmaßnahmen werden abgebaut und die Arbeitskraft immer ungehinderter, billiger und bedarfsorientierter angeboten, während die Unternehmersteuern ins Bodenlose fallen. Der Automobilsteller BMW z.B. zahlte trotz steigender Gewinne 1992 nur mehr 6% (!) der Steuern von 1988. In nur 4 Jahren ein Rückgang um 94%!

Der Unmut wächst



Bill Jordan vom IBFG

steuerung des Finanzkapitals. Dieselben Ansätze haben auch Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsspitzen. Im EU-Wahlkampf hielt das dann "Sozialunion". Der Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) Bill Jordan meint dazu: "Wir fordern die Regierungen und Arbeitgeber auf, mit den Gewerkschaften das Gespräch über einen globalen Solidaritätspakt zur Ausmerzung der Armut und Erreichung der vollen, produktiven und frei gewählten Beschäftigung weltweit aufzunehmen. Auf der Grundlage der umfassenden Achtung der Gewerkschaftsrechte sollen die Regierungen eine Partnerschaft mit Arbeitgebern und Gewerkschaften für lokale, nationale, regionale und internationale Strategien zur Bewältigung der Herausforderung der Globalisierung eingehen."

Klingt ja schön, drückt aber die Perspektivenlosigkeit der Gewerkschaftsspitze klar aus. Von einer Achtung der Gewerkschaftsrechte kann nicht die Rede sein, für die Mehrheit der Menschen ist die Mitgliedschaft und Aktivität in der Gewerkschaft mit einem großen Risiko verbunden. Und auch in sogenannten Demokratien werden die Rechte der Gewerkschaft beschnitten, wie z.B. durch die Anti-Gewerkschaftssetze in Britannien. Vollbeschäftigung gab es mit Ausnahme einer kurzen Periode nach dem 2. Weltkrieg nie und ist auch aus Sicht der Unternehmer nicht anzustreben. Denn je höher die Arbeitslosigkeit desto erprobbarer ist der einzelne Arbeiter. Und ein "globaler Solidaritätspakt" kann wohl ins Reich der Märchen verwiesen werden. Eine höhere Besteuerung des Finanzkapitals wäre ein Schritt in die richtige Richtung, aber wer soll das erreichen? Die Regierungen, die bereits jetzt beim kleinsten Druck durch die Kapitalisten Belastungen des Kapitals abbauen, wohl kaum.

Jordans moralischer Appell ist ebenso nie die Forderung der SPÖ im EU-Wahlkampf nach einer Sozialunion. Warum sollten Staaten und Regierungen, die Kürzungen durchführen, ein Partner bei der "Bewältigung der Herausforderung der Globalisierung" sein? Ähnlich absurd ist die, vor allem vom ÖGB vorgeschlagene, Trennung in gutes (produktives) und böses (spekulatives) Kapital. Diese Trennung kann nicht eindeutig gemacht werden, da mit den Gewinnen aus der Produktion immer häufiger spekuliert wird. Das Skalieren vom produktiven in den spekulativen Sektor erfolgt deshalb, weil die Gewinnmöglichkeiten im produktiven Sektor geringer sind als im spekulativen. Die "produktiven" Kapitalisten nutzen sehr gezielt die Möglichkeiten der Erpressung, um Lohnkürzungen zu erreichen und die Profiteure zu erhöhen. Sicher ein Bündnispartner für das spekulative Kapital, sicher nicht für uns.

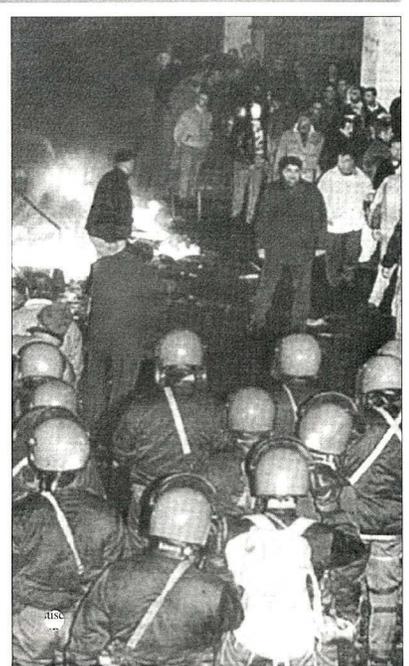
Kein Spielraum mehr

Das Vertrauen in und Appellieren an die Kapitalisten hat noch nie etwas gebracht. Für die sozialen Verbesserungen in den 50er und 60er Jahren gibt es zwei Gründe. Einerseits gab es eine potentiell starke Gewerkschaft, die sich für diese Verbesserungen einsetzte. Aber vor allem gab es ein starkes Wachstum der Weltwirtschaft, das Spielraum für Zugeständnisse an die Arbeiterklasse

Widerstand gegen Neoliberalismus und Erpressungen muß über die Staatsgrenzen hinweg organisiert werden. Denn solange die Beschäftigten eines Standortes gegen jene eines anderen ausgespielt werden können, behält der Kapitalist die Oberhand. Die Arbeitsplätze beim Semperit-Werk in Traiskirchen hätten nur dann erhalten werden können, wenn die Beschäftigten in Irland, Tschechien, Deutschland und Österreich zusammen gekämpft hätten, nicht nur aus dem Bedürfnis der Menschheit, sondern auch nicht mehr aus "moralischen" Gründen, sondern aus dem Interesse der Menschheit an der Erhaltung der Umweltzerstörung, drohenden Kriegen und Massenverelendung.

Ungenutzte Stärke

40-50% aller unselbstständig Beschäftigten sind im ÖGB organisiert - eine enorme Macht. Aber anstatt sich an die Spitze des Widerstandes zu setzen, beteiligt sich der ÖGB noch aktiv an der Erstellung der Kürzungspläne. Der IBFG hat weltweit rund 140 Millionen Mitglieder. Aber anstatt diese Kampfkraft zu nutzen, beschränkt er sich auf moralische Appelle. Die derzeitige Hauptintegrationsprojekt der EU, die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist eines der besten Beispiele für die Haupttendenzen der sogenannten Globalisierung: Die WWU spaltet Europa in Länder die an diesem Projekt teilnehmen werden, und solche die langfristig ausgegrenzt werden. Und sie führt zu den großen Angriffen auf den Lebensstandard der Massen in Europa seit 40 Jahren. Unsere Antwort ist eine andere. Wir treten für eine demokratische, sozialistische Gesellschaft ein, in der nach den Bedürfnissen der Menschheit produziert wird. Eine Illusion? Nein, eine Notwendigkeit angesichts von Umweltzerstörung, drohenden Kriegen und Massenverelendung.



Der Stopp schützt sich vor Widerstand

Studenten sind Opfer der Kürzungs-Politik

Staat zwingt zum Schwarzfahren

Bekanntlich ist die Freifahrt für Studierende zur Uni im Rahmen des letzten Sparpakets gefallen. Um dagegen etwas zu unternehmen, hat die ÖH Wien angekündigt, mit Dezember eine "SchwarzfahrInnenversicherung" einzuführen...

von Florian Seidl SOV-Ortsgruppe Wien Mitte

Im Rahmen des letzten Sparpakets wurde zum Generalangriff alle entlassen, was bis dahin alles zumindest auf finanzieller Ebene das Studieren vereinfacht hat. Und nicht nur das, auch bei der Uni selbst und so mit bei der Qualität der Ausbildung und bei den Ausbildungsplätzen in Praktika usw. wurde eingespart.

Lauer Herbst?

Im Frühjahr haben noch Tausende gegen diese Maßnahmen demonstriert. Mittlerweile versumt die meisten, ihr Studium irgendwie zu sichern und sich mit Elibogenaktivismus durchzubringen. In diesem Klima

orientarufen für StudentInnen. Obwohl das bereits ein Kompromiß auf Kosten der Studierenden wäre, waren die Verkehrsbehörden nicht einmal dazu bereit. Da bleibt vielen StudentInnen nur mehr Schwarzfahren.

Kampf dem Schwarzkappler?

Um dagegen etwas zu unternehmen, hat die ÖH Uni Wien in Printmedien und auf Veranstaltungen über Schwarzfahren und die rechtlichen Risiken informiert. Quasi als Ankündigung dessen folgte nun die Ankündigung der "SchwarzfahrInnenversicherung".

Seniorratrife für StudentInnen

In dieser Situation ist es nicht einfach, den Protest aus dem Frühjahr so wie von der ÖH angekündigt fortzusetzen. Als einer jener Punkte Ullibogenaktivismus nicht funktioniert, bietet sich die gestrichene Freifahrt für organisierte Protestmaßnahmen an. Die ÖH kritisiert die Abschaffung der Freifahrt schon seit längerem. Die Forderungen reichen von einer Wiedereinführung bis zu Senior

schüsse von der ÖH) oder werden die Gelder beschlagnahmt, wird nichts ausbezahlt.

Solidarität statt Versichern

Die Risiken trägt also der/die einzelne StudentIn. Es gibt keinen gemeinsamen Kampf, nur Schadensminderung für einzelne, die Möglichkeit zum Durchbohren, wo es sie vorher nicht gab.

Eine politische Antwort auf die Streichung der Freifahrt wäre sicherlich eine "Don't Pay"-Kampagne der ÖH mit der Aufforderung, weder Fahrtschein noch Strafe zu zahlen. Wenn Zehntausende nicht zahlen würden, wären die Behörden

TERMINE

- 14.12.96 "Aktion gegen Verlängerung der Ladenschlußzeiten" beim Interpar in Wels am 14. Uhr, Regionalgruppe OÖ
18.12.96 "Frau und Kirche" Regionalgruppe OÖ
19.12.96 "FPÖ - Neue Arbeiterpartei?" FrauenStammstich Regionalgruppe NÖ
14.12.96 "Arbeitslosenmarsch in Amsterdam - wir organisieren mit" OG Wien West
17.1.97 "Der österreichische Trozismus" OG Wien Nord
20.1.97 "Proteste in Lateinamerika" OG Wien Ost
22.1.97 "FPÖ-Gewerkschaft: Ein Paradoxon?" GewerkschaftsStammstich
21.9.97 "Wie funktioniert die Wirtschaft?" OG Wien Süd/Mitte

Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? Dann komm in eine der Ortsgruppen der SOV. Oder ruf uns an: 0222/524 63 10

- Wien
Ortsgruppe Wien Süd/Mitte: jeden Mittwoch 19 Uhr "Amerlinghaus" 7, Stüfing.8
Ortsgruppe Wien West: jeden Dienstag 19.30 Uhr "Club International" 16, Payerg.14
Ortsgruppe Wien Nord: jeden Freitag 19.30 Uhr "Cafe Spectrum" 2; Arnezhofers.8

Kampffonds aktuell

26,12%
Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermo-meter wird jeder Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreichen haben. Ziel bis Ende Jänner: 65 100.000,- davon erreicht: 26,12% Ziel der letzten 6 Wochen erreicht: 65%
Besonderer Zeitungsverkauf: Metalller-Demo: 52 Stück Anti-Kommers-Demo: 74 Stück
Übrigens: Auch wir freuen uns über ein X-mas-Geschenk PSK 8812.733

von Sonja Grusch

JETZT AKTIV WERDEN!



Internationales

Europa

Arbeitslosen-Demo

In den Ländern der EU sind offiziell rund 20 Millionen Menschen arbeitslos, plus weitere 10 Millionen inoffiziell. Die EU hat sich als unfähig erwiesen, Arbeitsplätze zu schaffen. Zwischen 1974 und 1994 wurden insgesamt nur 5 Mio. Jobs geschaffen - davon allerdings 4,2 Mio. im Öffentlichen Dienst. Durch die Schritte, die zur Erreichung der Maastricht-Kriterien gesetzt werden, steigt die Arbeitslosigkeit weiter an, und die soziale Absicherung der Arbeitslosen wird gekürzt.

Gegen diese Entwicklung wird nun Widerstand organisiert. Am 16.09.97 wird eine europäische Demo gegen Arbeitslosigkeit geben. Neben Aktionen und Demonstrationen in den einzelnen Ländern wird es bei "Maastricht 2" - der EU-Regierungskonferenz in Amsterdam eine Kundgebung mit Teilnehmern aus ganz Europa geben.

In Österreich wird die Teilnahme einer Reihe von Organisationen und Personen gemeinsam organisiert. Infos gibt's unter: 0222/524 63 10

Deutschland

Luxemburg/Liebkeht-Demonstration

Hunderttausend werden auch heuer wieder in einer gewaltigen Demonstration Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg - sie wurden im Jänner 1919 ermordet - gedenken. Die SOV plant eine große Delegation am 12.1.1997 zu dieser Demonstration nach Berlin zu mobilisieren. Derzeit führen wir noch Gespräche mit verschiedenen Organisationen (z.B. KPO) über die Organisation gemeinsamer Busse, Anmeldebüros und Informationen im SOV-Büro.

Kuba 1997

Weltjugendfestspiele

Die 14. Weltjugendfestspiele finden Ende Juli/Anfang August 1997 in Kuba statt. Nachdem frühere Festivals dieser Art eher Jubelparaden für die jeweilige stalinistische Bürokratie (Austragenorte u.a.: CS-SR, DDR, UdSSR, Nordkorea,...) waren, versprechen diese Festspiele - unter den geländerten weltpolitischen Rahmenbedingungen - spannende Diskussionen.

In Österreich hat sich ein breites Vorbereitungskomitee gebildet, in dem auch die SOV aktiv mitarbeitet. Ziel ist es eine starke Delegation nach Kuba zu schicken (Kosten für 10 Tage Flug und Unterkunft ca. 65 110.000,-) und auch bei uns aktive, kritische Solidaritätsarbeit zu leisten.

China

Kapitalismus und Diktatur

Unter diesem Titel hat der selbsternannte österreichische Fernsehexperte für alles, genannt Portisch, jetzt eine "Dokumentationsreihe über China fertiggestellt. Das große Interesse am Reich der Mitte ergibt sich daraus, daß sich China jetzt als kapitalistische Macht etabliert und nächstes Jahr mit Hong-Kong um eine der wichtigsten kapitalistischen Metropolen Asiens erweitert.

von David Mum SOV-Regionalgruppe NÖ

Seit 1978 befindet sich China auf dem Weg "marktwirtschaftlicher Reformen", mit denen die Stalinisten schrittweise kapitalistische Verhältnisse wieder eingeführt haben. China war damit einer der ersten von den stalinistischen Staaten, welche den Weg zur Marktwirtschaft gegangen ist, illustriert wohl die Tatsache, daß heute schon 80% der Preise und die meisten Löhne über den Markt bestimmt werden. 1990 wurde die erste chinesische Börse eröffnet, mittlerweile gibt es drei, und 1997 wird China mit der Eingliederung Hong-Kongs das zweitgrößte Finanzzentrum Asiens schaffen.

1993 schaffte der KP-Kongreß Beschränkungen ab, die vorschrieben, daß der Staatssektor einen größeren Produktionsanteil als die Privatwirtschaft erwirtschaften müsse. Stattdessen 1982 noch 78% der industriellen Erzeugung aus Staatsbetrieben, so waren es 1994 nur noch 34%.

Spaltung des Landes?

Die kapitalistischen Verhältnisse haben zu einer enormen Spaltung zwischen reichen und armen Regionen geführt, die mit der Zeit drohen, die Einheit des Landes zu gefährden. In Jugoslawien betrug das Wohlstandsgelücke zwischen dem reichsten und dem ärmsten Gebiet 6:1, in China beträgt es heute 10:1. Dagegen setzt die KP v.a. auf chinesi-



Der Westen bringt Hamburger und Ausbeutung

schönen Nationalismus. In dem Zusammenhang sind auch die miltaristischen Manöver von der taiwanesischen Grenz im März dieses Jahres zu sehen. Diese sollen die taiwanesischen WahlerrInnen vor ein-der Westen bring Hamburger und Ausbeutung

schüchtern, bei den Präsidentschaftswahlen den Unabhängigkeitskandidaten zu unterstützen. Offiziell vertritt nämlich die noch herrschende Kuomintang-Partei Taiwans, daß China und Taiwan wiedervereint werden. Eine Konzeption an Taiwan könnte in abtrünnigen Provinzen Chinas zu Loslösungsstendenzen von Peking führen.

Unterdrückte Arbeiterklasse

150.000 chinesisches-ausländische Joint-Venture-Unternehmen profitieren von den geringen Löhnen der chinesischen ArbeiterInnen. Der Reichtum der ausländischen Investoren und der neuen chinesischen Kapitalisten steht im Zusammenhang mit der Ausbeutung der ArbeiterInnen. Die Bildung von Gewerkschaften wird vom KP-Regime brutal unterdrückt. Wer versucht, Gewerkschaften aufzubauen, dem stehen drei Jahre Arbeitslager bevor; es sitzen einige hundert Gewerkschafter im Gefängnis. So beweist mit China ein weiterer asiatischer Staat, neben "Wirtschaftswunderländern" wie Südkorea, erneut auf das Eindringliche, wie gut sich Marktwirtschaft und Diktatur vereinbaren lassen. Das Kapital schätzt nämlich nicht die Ideale der Demokratie, sondern stabile politische Verhältnisse, niedrige Löhne und die Abwesenheit gewerkschaftlicher und politischer ArbeiterInnenorganisationen.

Zaire

Völkermord

Zaire, 4mal so groß wie Frankreich mit einer Bevölkerung von 37 Millionen Menschen, gilt mittlerweile als Inbegriff des ungebremsen Zerbröckelns staatlicher Strukturen und Institutionen.

von Isa Breier SOV-Ortsgruppe Wien-Ost

1. Juli 1960 entlassen wurde. Denn wirtschaftlich war Zaire nach wie vor absolut abhängig. Ein Wendepunkt der politischen und wirtschaftlichen Dauerkrise ist vorerst nicht zu erwarten. Mit einer Vertiefung der, die ihrgleichsucht, wachsen die Schulden, schrumpfen die Einnahmen. Die momentane Inflationsrate beträgt 5000%. 80% der Bevölkerung sind arbeitslos, 70% AnalphabetInnen; die Anzahl der an Tuberkulose erkrankten, an Infektionen und Parasitenbefall sterbenden Menschen ist höher als in irgendeinem anderen Land Afrikas, ähnlich die Situation bei der Sterberate der Neugeborenen - 23%; seit den 60ern kontinuierliches Absinken des Pro-Kopf-Einkommens; Verfall des Finanz- und Steuersystems, der Verwaltung, des Transport- und Kommunikationsnetzes; Zusammenbruch des Schul- und Gesundheitswesens.

Als Privatigentum des Königs Leopold II von Belgien ab 1876 nahe verklärt, aufgrund internationalen Auftrahs als Kolonie an Belgien weitergegeben, endet die Geschichte der Ausbeutung Zaires keineswegs mit der vermeintlichen Unabhängigkeit, in die das Land mit



Anführer der Nationalarmee Joseph Mobutu darbietet.

Diese Willkürherrschaft des Paradediktators und Garanten der institutionell gefestigten Korruption Mobutu und der Einheitspartei Mouvement Populaire de la République (MPR) wurde von den reichen Industriennationen nicht nur geduldet, sondern großzügig unterstützt. War der Die Herrschaft der Reaktion "Säuberung" - wurde einer anderem durch den jüngsten Trick des Großinquisitors hervorgerufen: Formierung eines Scheinparlaments und Gründung hunderter Parteien von oben. Verschiedene ethnische Gruppen wurden von Mobutu geschickt gegeneinander ausgespielt. "Säuberung" - wurde einer anderem durch den jüngsten Trick des Großinquisitors hervorgerufen: Formierung eines Scheinparlaments und Gründung hunderter Parteien von oben. Verschiedene ethnische Gruppen wurden von Mobutu geschickt gegeneinander ausgespielt. Wenn der Westen nun "Frieden" fordert, dann nicht aus Menschlichkeit, sondern um die Stabilität zu erhalten - egal ob unter einer Diktatur oder nicht.

FPÖ: Partei der Reichen!

Sparpakete, Sozialabbau, massive Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, sogenannte "Flexibilisierung" der Arbeitszeit und immer weiter steigende Arbeitslosenraten. Die ArbeitnehmerInnen in Österreich fühlen sich zurecht von den "Groß"parteien betrogen - und haben ihnen dafür bei den Wahlen deutlich die Rechnung präsentiert. Die FPÖ bekam fast 30 % der Stimmen. Die Hälfte der IndustriearbeiterInnen wählen Haider und seine Mannen! Die FPÖ will sich als einzige Vertretung des kleinen Mannes darstellen - ist sie wirklich eine neue, DIE neue Arbeiterpartei?

von Conny Hatzl und
Katja Arthofer, SOV-Wien

Haider verspricht viel. ER, der selbsternannte "Anwalt des kleinen Mannes", verspricht den "braven und fleißigen" Österreichern (Karl Wlaschek? FJ Hartlauer? Oder gar sich selbst???) ein Leben in Wohlstand. ER demonstriert seine angebliche "Solidarität" immer dann, wenn es für ihn und seine Partei von Vorteil ist: ER besucht eine vom Sparpaket betroffene Familie, kauft sich eine Käsesemmel im mittlerweile bankrotten Konsum,... Schließlich ist ja auch ER - der Familienvater - von den Kürzungen betroffen. ER, der Großgrundbesitzer eines im 2. Weltkrieg arisierten Betriebes, Multimillionär. Wie soll er sich in Zukunft das Benzin für seinen Porsche nur leisten können???

Haider und seine Buberlpartei haben erkannt, daß sie auch für Frauen(stimmen) attraktiver werden müssen: Mit Susanne Riess setzte er in einem medienwirksam inszenierten Spektakel eine Frau an die Spitze seiner Partei. Mit einem Kochbuch als Einstandsgeschenk wird sie jedoch sogleich an den ihr vorherbestimmten Platz verwiesen

FPÖ - Die wirkliche Arbeitervertretung?

Haider belügt. Hinter der arbeiterfreundlichen Fassade der FPÖ steckt in Wahrheit eine Unternehmerpartei. Sieht man sich die Vorschläge der FPÖ in ihrem Programm für eine "Erneuerungspolitik" genauer an, merkt man, mit wem sich die Partei wirklich verbunden fühlt: mit den Unternehmern. Haider spricht sich für eine Abschaffung kollektivver-

traglicher Mindestlöhne aus Das Ziel davon kann nur heißen: Die Löhne würden ins Bodenlose fallen und die ArbeiterInnen erpreßbar werden. Die FPÖ meint "...Ob der Arbeitnehmer lieber kürzer arbeitet und dafür weniger verdient, ist seine private Entscheidung..." Als ob Kurzarbeit auf freie Entscheidung von Arbeitnehmern zurückzuführen wäre... Sie fordern keine zwingend vorgeschriebene 5-Tagewoche und eine Flexibilisierung der Arbeitszeit (bis zu 50 Wochenstunden) - also die de facto Abschaffung von Feiertags- und Überstundenzuschlägen.

Forderungen für Unternehmer

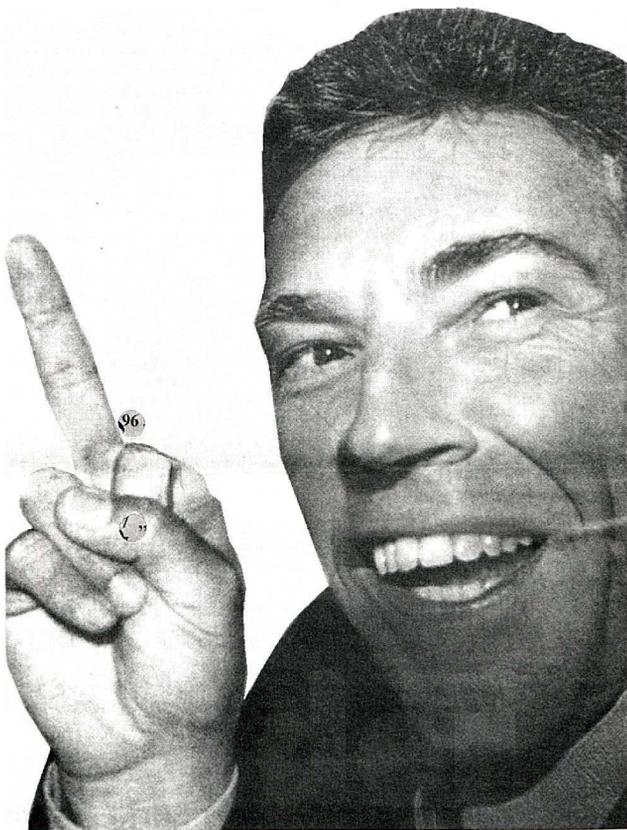
Die FPÖ will, daß Teilregelungen auf betrieblicher Ebene getroffen werden sollen. Dadurch soll und wird die Position der Arbeiter und ihrer Gewerkschaft eindeutig geschwächt werden - wenn in jedem Betrieb eine andere Regelung gilt, ist es ungleich schwieriger und oft unmöglich, einen gemeinsamen Kampf für die Rechte von Arbeitern, um höheren Lohn etc. zu führen.

Die FPÖ fordert die "volle Privatisierung der verstaatlichten Wirtschaft...". Was damit gemeint ist, wird deutlich, wenn Haider in der ZiB 2 vom 27.11.1996 erneut eine Postprivatisierung fordert. Der öffentliche Dienst soll somit auf seinen Kernbereich - die Hoheitsverwaltung - reduziert werden. Doch auch dort will Haider den Personalstand um ein Drittel verringern.

FPÖ-Gewerkschaft?

Diese Maßnahmen würden jedoch die Arbeitsbedingungen der Menschen im öffentlichen Dienst massiv erschweren und hunderttausende Ar-

beitsplätze kosten. Privatisierung der Post hat noch in keinem europäischen Land ohne Massentlassungen funktioniert. Auf ihrem Parteitag im November '96 forderte die FPÖ eine massive Senkung von Steuern. Von welchen? Natürlich von Unternehmersteuern (steuerliche Entlastung nicht entnommener Gewinne, Förderung von Risikokapital, Abschaffung der Mindest-KöSt). Außerdem fordert die FPÖ. "Einschränkung behördlicher Kontrolltätigkeit in den Betrieben". Meint sie damit die Steuerprüfung? Abge-



Haider hat für Arbeiter nichts übrig - er will nur ihre Stimmen!

Polizeiübergreife nach Demo!

Wien, 30.11.96 - 4.500 auf Demo gegen rechtsextremes Burschenschaftertreffen: Durch die Arbeit der Demo-Leitung und des Ordnungsdienstes konnten Polizeiübergreife während der Demo, trotz massiver Polizei-Provokation, noch verhindert werden. Nach der Demo: Eine Hundertschaft der Polizei-Spezialeinheiten trieb in einer U-Bahn-Station etwa 30 Jugendliche wahllos zusammen und unterzog sie einer Identitätsfeststellung und einer Perustration. Grund: Irgendwer hatte einen U-Bahn-Waggon demoliert. Es folgten 2 Stunden, in denen die Jugendlichen mit den Händen über dem Kopf an der Wand knien mußten, nach einer weiteren Stunde wurden sie freigelassen. Einige der Polizisten waren davor auf der Demo als Ober-Provokierer aufgefallen. Ein Schelm, wer Böses denkt.

Kundgebung gegen FPÖ-Gewerkschaft

Wien, 1.12. Anti-ÖGB-Konferenz der FPÖ - SOV organisiert Protestkundgebung vor dem Eingang des Hotels Wimberger: Die Freiheitlichen Arbeitnehmer gaben ein trauriges Bild ab: insgesamt schwache Beteiligung, besonders schwach von Frauen und Jugendlichen. Die Fast-Männerrunde betrieb ihre Strategien gegen den ÖGB. Vor dem Treffen gab es einen kurzen Vorgeschmack: Ein FPÖler attackierte einen SOV-Aktivisten tödlich.

Nicht zusehen - aktiv werden: Ruf uns an: 0222/524 63 10